Nummer 468

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, G. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 71. Jahrgang Dienstag, 6. Oktober 1925

Womit Deutschland geködert werden soll.

Die französische und englische Presse deutet jetzt an, welche „Zugeständnisse" Frankreich für genügend hält, um uns in den Kreis seiner Politik zu ziehen: ein etwas anständigeres Benehmen im besetzten Gebiet und Vordatierung der Saar-Räumung; d. h., es möchte uns schwere neue Verpflichtungen aufpacken, damit es in einem „Westpakt" verspricht, uns nicht noch über das Versailler Diktat und den Sinn des Rheinlandabkommens hinaus weiter vertragswidrig zu mißhandeln. Sogar den polnischen Korridor und unsere übrigen Ostgrenzen sollen wir dafür auch noch durch „Ostpakte" garantieren. Man denke!

* * *

London, 6. Oktober.

Die Morgenblätter beschränken sich im wesentlichen auf die Wiedergabe der Berichte ihrer Sonder-Korrespondenten und der Nachrichtenagenturen aus Locarno. Der Sonderkorrespondent der „Morning Post" schreibt, wenn Deutschland, Frankreich und England auf der Konferenz nicht die Grundlage für die Sicherheit finden würden, so würde die letzte Hoffnung auf eine Verständigung geschwunden sein. Das sei die Ansicht in britischen und in französischen Kreisen. Die Meldung über den russisch-deutschen Handelsvertrag schaine durchaus nicht eine ähnliche Wirkung erzielt zu haben, wie seinerzeit die von dem Abschlusse des Vertrages von Rapallo auf der Genueser Konferenz, wenn auch in französischen Kreisen noch ein Element des Mißtrauens bestehe. Der Berichterstatter führt fort, er höre, daß vorläufig keine überraschenden Ereignisse in Locarno zu erwarten seien, weder Stresemann noch Briand machten endgültige Versprechungen. Briand sei aber bereit, bedeutsame Zugeständnisse zu machen. Es verlautete, Briand habe Stresemann und Luther versprochen, daß Frankreich den jetzigen **Charakter der Rheinlandbesetzung abändern, die Zahl der Beamten im Saargebiet in weitem Maß herabsetzen, der Räumung Köln durch die Engländer zustimmen und schließlich sogar mit der Volksabstimmung im Saargebiet und einer Verminderung der dortigen Streitkräfte sich einverstanden erklären werde. Als Gegenleistung werde Frankreich verlangen, daß Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag mit Polen abschließe und den Danziger Korridor garantiere und daß die bestehenden Grenzen nicht mit Gewalt geändert werden dürften.** Deutschland müßte auch einen ähnlichen Vertrag mit der Tschechoslowakei zustimmen, während Frankreich auf seinem Recht eines Paktes zur gegenseitigen Unterstützung mit den östlichen europäischen Staaten beharren werde.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" sagt, aus Gesprächen, die er mit verschiedenen Außenministern geführt habe, ersehe er, daß es an gutem Willen nicht fehle. Zur Frage von Deutschlands Ostgrenzen, mit anderen Worten Polens, so führt der Berichterstatter fort, kann ich positiv erklären, daß der britische Außenminister auf seinem Standpunkt verharrt, keinerlei neue Garantien bezüglich Polens außer den im Artikel 16 der Völkerbundssatzung enthaltenen zu geben, die auf alle Mitglieder des Völkerbundes Anwendung finden. Es ist noch zu früh vorauszusagen, welchen Gang die Konferenz nehmen wird. Aber man hofft, daß eine Vereinbarung über den westlichen Pakt erreicht wird und daß ein klarer Fortschritt in Richtung auf Herstellung von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, Polen und der Tschechoslowakei, erzielt wird.

In Leitartikeln äußern sich „Daily Chronicle", „Morning Post" und „Times" zu der Konferenz.

Das Blatt Lloyd Georges äußert seine Befriedigung darüber, daß Chamberlain eine vorsichtige Haltung einnehme. Das sei eine Genugtuung, da es für Großbritannien gefährlich sein würde, zu weit gehende Verpflichtungen zu übernehmen. Der Garantievertrag, den Lloyd George 1922 Frankreich in Cannes angeboten habe, sei damals abgelehnt worden, und jetzt müßte man die ganze Frage im Lichte dessen betrachten, was seitdem geschehen sei, nämlich im Lichte der Ruhrbesetzung. Das Mindeste, was Großbritannien von Frankreich als Gegenleistung für eine Garantie verlangen könnte, sei, daß es aufhöre, Vorposten gegen Englandzu bauen. Auf jeden Fall dürften die Unterhändler in Locarno nichts beschließen, was irgend eine künftige britische Regierung zu einer Aktion verpflichte, mit der das Land und auch das Reich nicht einverstanden seien.

„Morning Post" zeigt sich wiederum durch das russische Gespenst beunruhigt und sagt, die Sowjetregierung sei entschlossen, die Kluft zwischen Großbritannien und Deutschland zu erweitern, und zwar nicht aus Wohlwollen für Deutschland, sondern aus Uebelwollen gegen England.

TU **Paris**, 6. Oktober.

Der Sonderberichterstatter des „Matin", Sauerwein, hält es nicht für ausgeschlossen, daß die französische Regierung in der Frage des rheinischen Sicherheitsgesetzes, gewisse Zugeständnisse an Deutschland machen werde, vorausgesetzt, (!) daß die Reichsregierung ihre Bedenken gegen die französische Garantierung der Schiedsgerichtsverträge im Osten aufgebe. Voraussichtlich würden die deutschen Minister, wenn diese Frage zur Sprache komme, geltend machen, daß sie ohne Konzessionen in der Verwaltung des Rheinlandes und des Saargebietes unmöglich die Zustimmung des deutschen Parlaments zu dem geplanten Garantievertrag erhalten werden. Gewisse Schwierigkeiten dürften jedoch nicht außer acht gelassen werden. Das Saargebiet stehe unter der Aufsicht des Völkerbundes. Das rheinische Besatzungsregime sei von der Botschafterkonferenz festgelegt worden. Alles, was ein französischer Minister den deutschen Delegierten sagen könne, sei, daß der Garantiepakt eine große moralische Tragweite habe und notgedrungen zu einer Entspannung führen werde, die sich in allen Fragen, daher auch in der Verwaltung der Rheinlande kundtun werde.

Die „Unantastbarkeit der tschechisch-französischen Allianz".

Prag, 6. Oktober.

Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der Konferenz von Locarno und betont den engen Zusammenhang zwischen Westpakt und östlichen Schiedsverträge. (!) Die tschechoslowakischen Zeitungen heben dauernd die Unantastbarkeit des tschechisch-französischen Allianz-Vertrages hervor. „Narodni" greift Painlevé wegen seiner letzten Rede in Nimes an, aus welcher hervorgehe, daß er die Friedensverträge nicht als Definitivum auffasse.

„Bravo lidu" fordert Anknüpfung enger Beziehungen zu Rußland.

Wankender Optimismus in Locarno.

TU **Locarno**, 6. Oktober.

Die juristischen Sachverständigen sind heute morgen wieder zusammengetreten, um die Beratungen über die in der Vollkonferenz eingebrachten Vorschläge fortzusetzen. Ueber den Inhalt dieser Beratungen wird Stillschweigen bewahrt. Eine weitere Verschiebung der Vollsitzung wird nicht notwendig sein, so daß die nächste Sitzung heute nachmittag um einhalb vier Uhr beginnen wird. Dr. Stresemann hütete heute vormittag noch das Bett, aber man hofft, daß er heute nachmittag wieder ganz auf dem Posten sein wird. Der Vormittag wurde neben der Juristenbesprechung noch durch interne Beratungen ausgefüllt. Schon die Beratungen der Juristen haben bereits harte Realitäten berührt mit dem Ergebnis, daß der Optimismus, den man bis gestern abend in allen Lagern zur Schau trug, einer ernsteren Auffassung über die weitere Entwicklung zu weichen beginnt.

Langsam beginnen auch die Polen und Tschechen, deren Beteiligung an der Konferenz der Regierungsvertreter bisher lediglich durch ihre Landesflaggen am Justizgebäude angedeutet war, sich in Locarno einzufinden. Der größte Teil der tschechischen Delegation trifft heute nachmittag ein und nimmt im Parkhotel Wohnung. Benesch selbst mit seiner nächsten Umgebung wird nunmehr endgültig morgen, Mittwoch, erwartet und wird im Hotel der alliierten Delegationen absteigen. Von den Polen ist bisher der Vertreter beim Völkerbund, der Ministerpräsident Morawski, der gestern eintraf, in Locarno anwesend. Schließlich ist noch, zwar nicht die Anwesenheit, so doch die Nachbarschaft des Sowjetbotschafters in Rom, Kerzengew, zu verzeichnen, der in Stresa am Lago Maggiore eine Art Beobachtungsposten eingenommen zu haben scheint.

Ein tapferes Wort der Rheinischen Volkspartei an Stresemann.

Köln, 6. Oktober.

Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz hat an den Minister des Aeußern, Dr. Stresemann, nachfolgende Entschließung gesandt:

Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz (Arbeitsgemeinschaft der vier rheinischen Wahlkreise) spricht Ihnen im Anschluß an eine politische Aussprache am 30. September in Düsseldorf ihr vollstes Vertrauen aus und hofft, daß es Ihnen gelingen möge, wie bisher die Außenpolitik des Deutschen Reiches erfolgreich weiter zu führen. Das besetzte Gebiet empfindet es bitter, daß entgegen den Versailler Vertragsbestimmungen die nördliche Zone nicht geräumt wurde und daß auf dem besetzten Gebiete noch wie vor die schwere Last der Besetzung liegt mit allen ihren, die Freiheit der Bevölkerung schwer drückenden Einschränkungen. So stark aber auch der Wunsch des besetzten Gebietes auf Räumung und Erleichterung ist, wir möchten nicht verhehlen, abermals zu betonen, daß wir **keine Erleichterungen für das besetzte Gebiet ertreiben, die geeignet wären, die große Linie der Gesamtpolitik zu stören und Belastungen zu schaffen, die auf die Dauer gefährlicher wären, als die Erleichterungen für das besetzte Gebiet nützlich und erfreulich sind.** Die Arbeitsgemeinschaft ist der Auffassung, daß allein die Leitung der deutschen Außenpolitik in der Lage ist, hier die Grenzen im Interesse der Gesamtpolitik des Reiches zu finden.

*

Die Meldung auswärtiger Blätter: Der Führer der Deutschnationalen Graf Westarp sei in Locarno eingetroffen und habe eine lange Unterredung mit Stresemann gehabt, beruht auf freier Erfindung. Graf Westarp weilt, wie wir feststellen konnten, in Berlin und denkt vermutlich garnicht daran, nach Locarno zu gehen.

Deutsch-russisches Kreditabkommen.

Zwischen der Staatsbank der Sowjetunion und deutschen Großbanken.

Moskau, 6. Oktober.

Wie der Finanzkommissar Sokolnikoff einem Vertreter der Sowjettelegraphenagentur mitteilte, ist zwischen der Staatsbank der Sowjetunion und einer Gruppe deutscher Großbanken ein Kreditabkommen in Höhe von 75 Millionen Goldmark zustande gekommen. Dieser Bankkredit soll zusammen mit einem Handelskredit eine Wareneinfuhr aus Deutschland in Höhe von 100 Millionen Mark ermöglichen. Der deutsche Kredit wird, wie Sokolnikoff erklärte, eine sofortige Erweiterung der Einfuhr von Maschinen und Gebrauchsgegenständen ermöglichen, und zwar noch ehe Rußland aus seinen eigenen Exporten Auslandsvaluta erhält. Der deutsche Kredit soll den Auftakt zu einer Reihe großangelegter langfristiger Kreditabkommen der Staatsbank bilden. Wie Sokolnikoff mitteilte, beläuft sich der Budgetvoranschlag der Sowjetunion für das Finanzjahr 1926/26 auf 3 Milliarden 550 Millionen Goldrubel und ist somit um 40 Prozent höher als im Vorjahre. Der Finanzkommissar hofft, daß die Pause in den französisch-russischen Vorbesprechungen über die Schuldenfrage nicht allzulange dauern und durch das Zustandekommen eines französisch-amerikanischen und französisch-englischen Schuldenabkommens verkürzt werden wird. Die Bemühungen Rußlands um eine wirkliche Verständigung seien auf Widerstände gestoßen, deren Ursachen in den üblichen Schwankungen der französischen Politik zu suchen seien. Rußland zeige volle Bereitschaft, alle Zugeständnisse zu machen, die mit den Interessen des Volkes vereinbar seien.

Der Direktor der Russischen Staatsbank, Tumanoff, erklärte einem Vertreter der Sowjettelegraphenagentur, die Meldungen einiger deutscher Zeitungen über Beziehungen des Reichsfinanzministeriums zum Kreditabkommen beruhten auf Irrtum. Die Staatsbank habe mit dem Reichsfinanzministerium keinerlei Verhandlungen gepflogen. Gleichzeitig verwies Tumanoff auf einen gewissen Zusammenhang zwischen dem Kreditabkommen und den deutschen Reparationsleistungen: Da die Staatsbank die Kredite in Dollar zurückerstattet, werde die deutsche Staatskasse in diesem Umfang der Notwendigkeit überhoben, Mark gegen Dollar zu verkaufen, was günstig auf den deutschen Geldmarkt zurückwirken werde. Außerdem erweitere das Abkommen die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten. Die negative Seite des Abkommens bestehe in seiner Kurzfristigkeit, die allzu rasche Einkäufe voraussetze.

* * *

Der springende Punkt in der Sowjetwirtschaft ist der Geld- und Kreditmangel, und alle Bestrebungen der Sowjets in der letzten Zeit waren daher darauf gerichtet, eine große ausländische Anleihe aufzunehmen. Alle Versuche des Sowjets in dieser Hinsicht scheiterten jedoch daran, daß von den kapitalkräftigen ausländischen Mächten als conditio sine qua non für die Gewährung einer Anleihe eine Regelung der Vorkriegsschuldenfrage gefordert wurde. Trotz der optimistischen Erklärung des Finanzkommissars Sokolnikoff, daß die Pause in den französisch-russischen Vorbesprechungen über die Schuldenfrage nicht allzu lange dauern und durch das Zustandekommen eines französisch-amerikanischen und französisch-englischen Schuldenabkommens verkürzt werden wird, ist der Erfolg dieser Verhandlungen abzuwarten, da eine Anerkennung der Kriegsschulden in direktem Widerspruch zu den bisherigen wirtschaftspolitischen Tendenzen des Sowjets stehen und außerdem eine ungeheure Belastung des künftigen ausbalancierten Budgets und der russischen Währung bedeuten würde. Das Zustandekommen des deutsch-russischen Kreditabkommens, wenn auch nicht in Form einer Anleihe, so doch in der Gewährung eines Bankkredites in Höhe von 75 Millionen Goldmark und eines Warenkredites in Höhe von 25 Millionen Goldmark ist naturgemäß für die Sowjets von der allergrößten prinzipiellen Bedeutung; wie aus den Ausführungen Sokolnikoffs hervorgeht, hofft man russischerseits, daß der deutsche Kredit den Auftakt zu einer Reihe großangelegter langfristiger Kredite und Abkommen der Staatsbank bilden wird. Nähere Einzelheiten über das deutsch-russische Kreditabkommen stehen noch aus und auch die Frage der Sicherheiten ist aus der vorliegenden Meldung nicht ersichtlich. Jedenfalls ist zu erhoffen, daß das deutsch-russische Kreditabkommen, welches ein großes Entgegenkommen gegenüber den Sowjets bedeutet, ausschließlich dazu bestimmt werden wird, um die Einfuhr von Maschinen und Gebrauchsgegenständen aus Deutschland nach Rußland zu steigern.

Zur Konferenz von Locarno.

Von

Prof. Gerland.

Die Konferenz von Locarno hat begonnen. Die Berliner Besprechungen zwischen Deutschland und Rußland sind zu Ende. Beide Ministerzusammenkünfte stehen in engstem Zusammenhang und können nur einheitlich für die deutsche Politik gewertet werden.

Beginnen wir mit der Berliner Zusammenkunft. Was war ihr Ergebnis? Es liegen darüber offiziöse deutsche Erklärungen vor und mehrere gleichgestimmte Interviews von Tschitscherin, die beide auf das Genaueste auf ihren wesentlichen Inhalt mit einander verglichen werden müssen. Nehmen wir die deutschen Veröffentlichungen, so wird in ihnen auf das Bestimmteste versichert, daß der Abschluß des Westpaktes nichts an unseren guten Beziehungen zu Rußland ändern werde. Auf der anderen Seite legt Tschitscherin, wie zu erwarten war, das Schwergewicht auf die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, erklärt in ungweideutiger Weise, Rußland werde niemals dem jetzigen Völkerbund, der als Bund der Siegerstaaten charakterisiert wird, beitreten und weist in ungweideutigster Weise auf die Konsequenzen hin, die sich bei bedingungslosem Eintritt Deutschlands aus den bekannten Art. 16 und 17 ergeben. Es hat also gar keinen Sinn, an den Tatsachen vorbeizureden, und man versteht nicht recht (oder doch?), zu welchem Zweck die deutsche Oeffentlichkeit in einen durchaus unangebrachten Optimismus versetzt werden soll. Tschitscherin ist durch die deutschen Erklärungen nicht beruhigt worden, hält an den russischen Standpunkt argwöhnischster Aufmerksamkeit fest und muß es sich daher auch bereits gefallen lassen, von einem der Linkspresse recht unfreundlich behandelt zu werden. Das entscheidende Wort, daß zwischen Stresemann und Tschitscherin eine völlige Uebereinstimmung erzielt sei, ist nicht gefallen. Das aber ist ausschlaggebend und muß und kann ausgesprochen werden. Denn man wird doch nicht so töricht sein, zu glauben, daß das Ausland nach den Interviews des russischen Außenministers einen Augenblick im Zweifel darüber wäre, wie die Dinge eigentlich liegen.

Aber der russische Handelsvertrag? Optimisten wußten bereits aus der sogenannten sicheren Quelle zu melden, die Unterzeichnung werde in zwei Tagen erfolgen. Aus der offiziösen Verlautbarung ergibt sich nur, daß das Reichskabinett die grundsätzliche Zustimmung zur Unterzeichnung erteilt habe. Dann aber heißt es, daß sich zur Verständigung über einige noch offen gebliebene Punkte die deutsche Delegation nach Moskau zurückbegeben werde. Es wird also erst weiter verhandelt und noch nicht unterzeichnet. Und wenn es auch offenbar gelungen ist, den bestehenden toten Punkt zu überwinden, wenn wohl im Hinblick auf das Außenhandelsmonopol des russischen Staates Deutschland weites Entgegenkommen bewiesen hat, so darf man doch folgendes nicht übersehen: Selbst wenn der Handelsvertrag mit seinen überaus wichtigen Annexen bald unterzeichnet wird: Rußland behält dank seines Außenhandelsmonopols uns gegenüber jede Freiheit des Handelns. **In dem Augenblick, in dem es uns gegenüber eine ablehnende Haltung einnehmen will, kann es unsere gesamte Ausfuhr nach Rußland sperren, woran der günstigste Tarif und Vertrag nicht das geringste ändert.** Es braucht ja nur seine Außenhandelsstellen anzuweisen, nichts mehr in Deutschland einzukaufen. **Nicht der Abschluß, die Durchführung des Vertrages ist mithin das entscheidende, und dabei hat, ich wiederhole es, Rußland die Trümpfe in der Hand.**

Wie nun aber liegen die Dinge in und für Locarno? Dem Außenstehenden bietet sich ein Bild, von dem man überhaupt nicht verstehen kann, wie eine Einigung im Rahmen des Möglichen liegen soll. Wenn wir die an sich bekannten Gegensätze, soweit sie wirklich wesentlich sind, herausheben wollen, so scheinen es mir die Folgenden zu sein:

Die Entente verlangt Eintritt in den Völkerbund, wobei der Zeitpunkt ohne entscheidende Bedeutung sein dürfte; und zwar unbedingten Eintritt. Wir lehnen die Verbindlichkeit der Art. 16 und 17 für uns ab und haben das in der bestimmtesten aller Weisen bekanntgegeben. **In dieser Frage, die die vitalsten Interessen Deutschlands berührt, kann es und darf es kein Kompromiß geben.**

Ferner: **Frankreich verlangt unbedingt eine Verbindung der West- und Ostfragen, die wir bisher ebenso unbedingt ablehnen. England verhält sich zögernd, wird aber, wenn es zur Entscheidung kommt, Frankreich kaum-**